

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909, Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 199 B

BERLIN • Donnerstag, den 25. August 1932

1. JAHRGANG

Der staatspolitische Kampf um die Mörder von Potempa.

W-er. Der Streit zwischen den Nationalsozialisten und den Behörden, denen das Begnadigungsrecht in diesem Fall zusteht, wächst immer mehr aus dem Rahmen einer Schicksalsfrage fünf verurteilter Mörder zu einem machtpolitischen Kampf an zwischen der Hindenburg-Schleicher-Papen-Gruppe und ihren bisher gefügigeren — wenn auch schon immer ungebärdigen — nationalsozialistischen Bundesgenossen. Die Ursache für diese Verschiebung liegt bereits in der übersteigerten Angriffslust, mit der Hitler auf das Urteil in einer auch bei ihm nicht alltäglichen Grobheit, und zwar nicht nur gegen die Richter, sondern vor allem gegen die Regierung Papen, reagiert hat. Er macht es damit der preussischen Staatsregierung — deren Chef vorläufig Papen ist — fast unmöglich, eine Begnadigung auszusprechen, weil sich dabei niemand des fatalen Eindrucks erwehren könnte, die Regierung handele hier aus Furcht vor den nationalsozialistischen Drohungen. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben denn auch, um diesen zerstörenden Eindruck wenigstens etwas zu beseitigen, die an anderer Stelle abgedruckte Erklärung zu dem Beuthener Urteil herausgegeben. Damit ist natürlich die Angelegenheit für niemand erledigt, am allerwenigsten scheint dies bei den Nationalsozialisten der Fall zu sein, wie man wenigstens aus ihrer Presse sehen kann. Wir zitieren hier, im Auszug die „Hamburger Nachrichten“, gerade um zu zeigen, in wie verleumderischer und gewissenlos die politischen Mordinstinkte aufreizender Weise sogar Zeitungen der Großstädte das Urteil von Potempa als Mittel zum Zweck benutzen:

„Wir sind stets gegen alle Gewaltakte aufgetreten, aber was in Beuthen abgeurteilt wurde, war ja gar kein Gewaltakt gegen einen deutschen Volksgenossen, sondern die Beseitigung eines polnischen Halunken, der zudem noch Kommunist war. Also ein zwiefacher Minusmensch, der das Recht, auf deutschem Boden zu leben, längst verwirkt hatte. Man stelle sich einmal den Fall von Beuthen jenseits der Grenze vor: den fünf nationalen Männern, die bei uns zum Tode verurteilt werden, hätte man in Polen ein Denkmal gesetzt.“

Hat man denn um Gottes willen in deutschen Richterkreisen immer noch nicht begriffen, daß es sich im Osten in dem Grenzkampf zwischen germanischen Edelmenschen und

polnischen Untermenschen um den Daseinskampf des deutschen Volkes handelt, daß dort im Osten das Recht der Notwehr eine ganz andere Auslegung erfahren muß als in anderen Gebieten des Reiches? Das Urteil von Beuthen ist juristisch nur dann haltbar, wenn man den Begriff der nationalen Notwehr nicht gelten lassen will.

Man wird vergeblich den Versuch machen, die Verschiedenartigkeit oder vielmehr den schreienden Widerspruch zwischen Ohlau und Beuthen dadurch zu erklären, daß die Bluttaten von Ohlau noch nicht unter die Antiterror-Notverordnung fielen. „Gilt die dreizinkige Mistgabel der Eisernen Front wirklich soviel mehr als das Hakenkreuz?“ so wird man im Volke fragen. Die Grundlage jedes Staates ist die Gerechtigkeit, aber nicht die Gerechtigkeit, die sich im Buchstaben des Gesetzes verkörpert, sondern jene Gerechtigkeit, die im Herzen des Volkes ungeschrieben lebt.“

Es hat wenig Sinn, sich zu fragen, ob der Verfasser dieser Zeilen irrsinnig ist, oder ob er wirklich bei klarem Verstand, eine solche Verhetzung niedergeschrieben hat. Daß diese Zeitungen — denn selbstverständlich ist dies nicht die einzige ihrer Art — von niemand gehindert so toben dürfen, zeigt deutlich, daß die Gefahr der völligen Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nicht etwa gebannt ist. Dies ist auch selbstverständlich: Denn Papen und Schleicher dürfen vorläufig noch gar nicht ernsthaft gegen die Nationalsozialisten vorgehen — irgend eine soziale Massenbasis müssen sie haben, um einen erkennbaren Grund zu liefern für ihre Existenz im — verfassungsmäßig — parlamentarischen Deutschland.

Die Arbeiterschaft könnte von sich aus den „Kampf“ zwischen den Harzburger Verlobten mit Ruhe, wenn nicht sogar mit Schadenfreude betrachten. Leider besteht zu beidem kein Anlaß. Denn dazu gehörte, daß die Arbeiterschaft selber ihre Zerrissenheit und damit ihre vorläufig noch vorhandene Ohnmacht überwunden hätte, so daß sie aus dem Streit ihrer Gegner politischen Nutzen ziehen könnte. Vorläufig hat dieser Streit nur das eine Tröstliche an sich, die Aufmerksamkeit der beiden gegnerischen Gruppen etwas von der Arbeiterschaft, die deren gemeinsamer Feind ist, abzulenken.

Die Regierung zur Begnadigungsfrage.

Reichsregierung und preussische Staatsregierung haben auf das nationalsozialistische Bombardement von Drohungen, Telegrammen und Pressegeschrei in einer Kundgebung geantwortet. Die Regierung legt Wert darauf, daß diese Kundgebung an hervorragender Stelle abgedruckt wird und sie begleitet diese Mitteilung mit dem zarten Hinweis, daß die Pressenotverordnung ihr die Möglichkeit biete, den Abdruck an hervorragender Stelle durchzusetzen. Die Kundgebung lautet:

Berlin, 23. August.

„Gezwungen durch Gewalttaten im innerpolitischen Kampf, welche das Ansehen des Reiches aufs schwerste gefährdeten, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung die schärfsten Strafen gegen den politischen Terror verhängt. Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, muß sie gleichmäßig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verletzt, ohne Ansehen der Partei oder der Person Anwendung finden.“

Wann verhandelt der Staatsgerichtshof.

über den Reich-Preußen-Konflikt? Eine Terminfestsetzung „ist noch nicht möglich“, weil der Schriftwechsel der Parteien noch nicht abgeschlossen ist. Natürlich nicht! Am 12. August schrieben wir zu diesem Thema:

„Wir zweifeln nicht daran, daß es solange zu schreiben geben wird, bis die Reaktion ihre im Handreich genommenen preussischen Machtpositionen sicher befestigt haben wird; so sicher, daß nicht ein Spruch von Leipzig, sondern nur noch die Tatkraft der Arbeiterschaft jene Positionen zu erschüttern vermag.“

Die erste Verhandlung vor dem Berliner Sondergericht

hat am Mittwoch begonnen. Angeklagt sind der Kommunist Schmidtke und der Nationalsozialist Bickel. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen NS und Kommunisten am 14. August (also nach Inkrafttreten der Notverordnung) in der Proskauer Straße. Schmidtke ist wegen schweren Landfriedensbruchs und wegen Gewalttätigkeit mit einer Schußwaffe angeklagt, Bickel lediglich wegen unerlaubten Führens einer Schußwaffe. Schmidtke wird von Rechtsanwalt Litten verteidigt, dem Verteidiger im Felsenack-Prozeß.

AUS DEM INHALT:

Zu den Abstimmungen in Oesterreich.
SS-Antreten in Räuberzivil!
Horly-Ungarn bereitet neue Blutjustiz vor.
Die Harzburger Ehe zerrüttet.
Kampf um die Steuereinnahmen.
Verbandstag der Metallarbeiter.
Front „antikapitalistischer Sehnsucht“?

Unsolidarisches Verhalten vor dem Feinde.

Aus dem Lohnkonflikt in der sächs. Textilindustrie.

L. K. Leipzig, 22. August.

Die Lohntarife der ost- und westsächsischen Textilindustrie sind zum 13. bzw. 31. August von den Unternehmern gekündigt worden. Für Ostachsen scheiterten die Verhandlungen, so daß in diesem Bezirk ein tarifloser Zustand besteht. Die Abbauforderungen der Unternehmer beliefen sich dort auf 5½ bis 7 Prozent. Die westsächsischen Textilindustriellen glauben, die Nollage der Textilarbeiterschaft noch besser ausnutzen zu können und schwingen sich zu dem Plan eines Lohnraubes von durchschnittlich 8 Prozent auf. Sie stellen jedoch außerdem noch Sonderforderungen, durch die einzelne Berufsgruppen um 20 bis 25 Prozent am Lohn geschröpft werden sollen.

Wie notwendig in diesem Zeitpunkt die Einheitsfront ist, haben sowohl der Deutsche Textilarbeiterverband (DTAV) als auch die RGO und die KPD erkannt — jedenfalls behaupten sie es.

Wie arbeiten nun diese Organisationen für die Einheitsfront? Der DTAV, Filiale Leipzig, veranstaltete während der Konfliktsperiode bis jetzt etwa 12 Betriebsversammlungen, in denen durchweg von den Rednern dazu aufgefordert wurde, als notwendige Vorarbeit für die Abwehr des Lohnraubs unabhängig von der parteipolitischen Richtung der Arbeiter die Einheitsfront in den Betrieben herzustellen — Nazis selbstverständlich ausgeschlossen. Erfreulicherweise verkniff man sich in den Betriebsversammlungen das Schimpfen auf KPD und RGO. Den Nazis wurde unzweideutig gesagt, daß in der Stunde der Gefahr die Arbeiter zusammenstehen würden und der Parteihader in der Versenkung verschwände.

Die KPD und die RGO überschwebten in den letzten 14 Tagen die Betriebe mit Flugblättern und Betriebszeitungen, die sämtlich zur Einheitsfront und zum Streik aufrufen. Wir bringen einen Auszug aus einem Flugblatt der RGO:

„Wir müssen uns gemeinsam wehren! ...“

Wir werden gemeinsam von den Unternehmern und ihren faschistischen Mordbanden ausgebeutet und unterdrückt. Wir gehören zusammen! ... Wir richten in dieser Stunde, wo die Unternehmer zu neuem Lohnraub übergehen und uns einen faschistischen Tarifvertrag aufzwingen wollen, vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit die Frage an die Gewerkschaftsorganisationen, wie sie zu unseren Forderungen, die Lebensfragen der Textilarbeiter sind, stehen. Wir fragen die Gewerkschaftsorganisationen, ob sie in den Betrieben ihrer Ortsgruppen bereit sind, mit uns gemeinsam für die Wahl von einheitlichen Kampforganen alle Textilarbeiter zu organisieren. Sie sollen vor der gesamten werktätigen Bevölkerung Sachsens auf diese unsere klaren Fragen eine klare Antwort geben. ... Wir erklären vor der sächsischen Textilarbeiterschaft: Wer jetzt noch in den Betrieben das Zustandekommen der einheitlichen Kampffront aller Textilarbeiter verhindert, ist für den Lohnraub und ein offener Agent der Textilunternehmer.“

Anders klingt es in der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung“, und es ist peinlich, zu sehen, bis zu welchen

Mitteln Kommunisten sich treiben lassen, wenn es ihnen darum geht, die Gewerkschaftsführer, zu „entlarven“. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“, vom 19. August, veröffentlicht ein Telefongespräch mit dem Verbandsvorsitzenden Panzer vom DTAV. Offenbar ohne ein Gefühl für die Verwerflichkeit ihrer Methoden äußert sich die Zeitung selber über das Zustandekommen dieses Gesprächs folgendermaßen:

„... einer unserer gelegentlichen Mitarbeiter setzte sich ans Telefon und rief als Doktor ... das Volkshaus an und erreichte mit Herrn Panzer ein Interview. Katzbuckelnd erklärte sich dieser Herr vor dem studierten Herrn bereit, ihn über alle Internitas zu unterrichten.... Das Telefon klingelt, es meldet sich das Volkshaus. „Bitte verbinden Sie mich mit dem Vorsitzenden des Textilarbeiterverbandes, Herrn Panzer!“ Verbindung klappt vorzüglich, Herr Panzer ist sofort am Telefon. Eine Stimme am andern Ende der Leitung: „Hier ist Dr. Schön, Redakteur einer Leipziger Zeitung. Würden Sie mir bitte ein Interview geben über den bevorstehenden Lohnabbau in Ihrer Industriegruppe?“

(Dr. Schön ist Redakteur der bürgerlichen, aber in Arbeiterkreisen viel gelesenen „Neuen Leipziger Zeitung“.) Der hinterhältige Frager stellte — laut Bericht seiner eigenen Zeitung — dann Fragen von folgendem Charakter: 9. Frage: „Gibt es, wenn das Reichsarbeitsministerium gesprochen hat, überhaupt noch eine Möglichkeit, einen Kampf aufzunehmen gegen die Herabsetzung des Lohnes?“

Da der Berichterstatter sich über seine Wahrheitsliebe mit zynischer Offenheit geäußert hat, brauchen wir auf seinen Bericht über die Antwort des Kollegen Panzer nicht einzugehen. Panzer selber hat mehrfach erklärt, daß die von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ veröffentlichte Wiedergabe des Gesprächs erlogen sei.

Die Stimmung der Verbandskollegen gegenüber einer derartigen „Taktik“ der Kommunisten kommt in folgender Resolution zum Ausdruck, deren letzter Absatz (gegen die

RGÖ) einstimmig angenommen wurde, während der erste Teil der Entschließung mit einer Stimmenthaltung gefaßt wurde:

„Die am Freitag, dem 18. August 1932, im Gesellschaftsaal des Volkshauses tagende Mitgliederversammlung des DTV, Geschäftsstelle Leipzig, nimmt mit größter Entrüstung die unverschämten Forderungen der sächsischen Textilarbeiter zur Kenntnis. Die Versammlung lehnt ganz entschieden jede weitere Verschlechterung der Löhne der sächsischen Textilarbeiterschaft ab. Der Verbandsleitung und der Lohnkommission erklärt die Versammlung erneut ihr volles Vertrauen. Die Anwesenden versprechen, daß sie sich mit allen Kräften dafür einsetzen werden, daß alle Maßnahmen, die zur Abwehr der wahnwitzigen Unternehmerpläne angeordnet, einig und geschlossen von allen Leipziger Textilarbeitern und -arbeiterinnen durchgeführt werden.

Empört verurteilen die Versammelten das schändliche Verhalten der RGÖ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Mit den blödesten und gemeinsten Lügen und Verleumdungen versuchen beide, die Geschlossenheit der Textilarbeiter-schaft in den Betrieben zu stören. Damit besorgen sie ganz klar und deutlich die Geschäfte des reaktionären Unternehmertums. Damit gefährden sie ihren parteipolitischen Geschäftchen zuliebe die Existenz von Zehntausenden sächsischer Textilarbeiter. Das ist gemeiner Verrat an der Arbeiterklasse.“

Mit ihren — gelinde ausgedrückt — unkollegialen Methoden wird es der KPD nicht gelingen, in den Gewerkschaften Fuß zu fassen, ganz besonders nicht unter den Leipziger Textilarbeitern mit ihrem ausgezeichnet geschulten Funktionärkörper.

Nach Einheitsfront ruft heute mit Recht alles. Wohl selten ist mit einem Verlangen der Arbeiter so oft Schindluder getrieben worden wie mit diesem für die Arbeiterschaft so bedeutungsvollen.

aufsichtigung der österreichischen Nationalbank und der Eisenbahn. Mit einer solchen Beaufsichtigung sei zweifellos eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter verbunden, womit die sozialdemokratische Kritik gerechtfertigt werde, daß das Lausanner Protokoll Oesterreich nicht nur in politischer, sondern auch in sozialer Rücksicht weiter versklave.

Wie antwortet nun die österreichische sozialdemokratische Partei nach ihrem erregten Kampf auf die Niederlage, die ihre Politik im Nationalrat erfahren hat?

Sie hat im Parlament eine klare und vernichtende Kritik an dem Inhalt des Lausanner Pakts geübt; sie hat weiter dem demokratischen System in ihrem Urteil über den „Stimmenschacher“, den der Bundeskanzler bei einer so einschneidenden Maßnahme getrieben hat, einen, wie man meinen sollte, entscheidenden Schlag versetzt. Und was tut sie, nachdem diese Anklagen erhoben worden sind und sie sich darauf besinnt, mit welchen Vorschlägen sie fortan vor ihre eigenen Mitglieder treten will?

Sie erläßt einen Aufruf, in dem sie die Schwere der politischen Lage ins helle Licht rückt: „Unser kleines Land liegt zwischen dem Faschismus in Italien, der Henkerdiktatur in Ungarn und dem von der faschistischen Gegenrevolution schwer bedrohten Deutschen Reich.“ Und ihr Abwehrmittel? „Auf diesem Boden den Angriff des Faschismus abzuwehren, dem arbeitenden Volk den demokratischen Kampfboden zu erhalten... das ist unsere Mission. Darum bleibt die Verteidigung der Demokratie, der Schutz der demokratischen Verfassung der Republik unsere wichtigste Aufgabe.“

Sie lernen nichts hinzu, sie wollen nichts hinzulernen. Festgeklammert an das Idol des Zufallspiels von Abstimmungen schließen die Demokraten aus jener Niederlage, die ihr System erfährt und die sie erkennen, nur das eine: mehr Demokratie.

Der unselige Zirkel, in dem sie sich hier bewegen, liegt daran, daß sie sich für die Verteidigung des demokratischen Systems nur an der Erfahrung orientieren und infolgedessen bei dem Eintreten einer schlechten Erfahrung dem System nunmehr die Chance eröffnen wollen, eine bessere Erfahrung an seine Stelle zu setzen. In dieser verzweifelten Hoffnung auf bessere Erfahrungen erschöpfen sich die Anstrengungen der Demokratie. Diese Hoffungslosigkeit bringt es dahin, die Rückschlüsse, die dieses Spiel von ungünstigen und günstigen Abstimmungsergebnissen mit sich führt, immer wieder zu verdunkeln. Für jeden nicht demokratisch Verblendeten hat die Rede des Sozialdemokraten Glöckel völlig eindeutig offenbart, daß derjenige, der sich für ein politisches Ziel einsetzt, wie in diesem Fall für die Abwehr des für Oesterreich verhängnisvollen Lausanner Pakts, dieses Ziel verrät, wenn er seine Erreichung dem durch „Schachergeschäfte“ korrigierten Zahlenverhältnis eines Abstimmungsmanövers ausliefert.

Wahrlich, wer in den Zeiten nach dem Weltkrieg ein Schuldspiel sucht für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Prinzip der Demokratie, der muß die Geschichte des Lausanner Pakts im österreichischen Bundesrat und im Nationalrat studieren. Mit erschreckender Deutlichkeit wird hier nicht nur die Brüchigkeit dieses Systems mit seinen verhängnisvollen politischen Folgen sichtbar, sondern zugleich die Unbelehrbarkeit der Gläubigen dieses Systems, die nicht den politischen Tatsachen gegenüber verblendet sind, wohl aber gegenüber der Unabänderlichkeit dieses Verfassungsvertrages selber.

Der Gouverneur der Bank von England ist unter dem Namen eines amerikanischen Professors in New York angekommen. Das New Yorker „Journal of Commerce“ meint, dieser Besuch sei der erste Schritt zur Stabilisierung der Weltwährungen auf gemeinsamer Grundlage. Englische Blätter warnen vor übertriebenen Hoffnungen. England werde auf alle Fälle die Regelung der Kriegsschuldenfrage abwarten, ehe es über eine Rückkehr zum Goldstandard Beschlüsse fasse.

Von der chilenischen Regierung wurde eine Notverordnung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erlassen. Rund 100 000 Erwerbslose sollen mittels Rationalisierungsmaßnahmen in Industrie und Landwirtschaft Arbeit bekommen. Die Mittel zur Finanzierung des Planes sollen hauptsächlich durch erhöhte Besteuerung großer Vermögen und durch Einführung einer Erbschaftsteuer beschafft werden.

Sie lernen nichts hinzu.

Zur Entscheidung im österreichischen Nationalrat.

S. H. Am Dienstag mittag hat der österreichische Nationalrat den sogenannten *Beharrungsbeschluss*, der auf Grund des Einspruchs des Bundesrats gegen das Lausanner Protokoll erforderlich war, mit 82 gegen 80 Stimmen gefaßt. Für den beschluß stimmten selbstverständlich die gleichen Parteien, die sich stets für das Protokoll eingesetzt haben: die Christlich-Sozialen, der Landbund und der größere Teil des Heimatblocks. Gegen den Beschluß stimmten nach wie vor die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und einige aus der Reihe tanzende Abgeordnete des Heimatblocks.

Noch einmal kam es vor der Abstimmung zu erregten Aussprachen und Zwischenrufen. Der Antrag eines Großdeutschen, das Protokoll vor der Unterscheidung durch den Bundeskanzler einer Volksabstimmung zu unterwerfen, mußte aussichtslos bleiben, da das gleiche Stimmenverhältnis, das in der Abstimmung über das Protokoll ausschlaggebend war, sich naturgemäß auch gegenüber diesem Antrag durchsetzte.

Die Mehrheit von zwei Stimmen (gegenüber der von einer Stimme, wie sie bei den vorangegangenen Abstimmungen für die Bundesregierung erzielt worden war), ist dadurch zustande gekommen, daß der Nachfolger Schöbers sich für das Protokoll ausgesprochen hat. Die Herrschaft der Zufälle und der die Zufälle auszunutzenden Machenschaften von Parteien und Regierungsvertretern, die bei diesen ganzen demokratischen Abstimmungen eine für die Zukunft Oesterreichs unselige Rolle gespielt haben, haben wir in unseren früheren Artikeln bereits erörtert.

Einer weiterführenden Beachtung wert ist aber vor allen Dingen der Kampf, den der Vertreter der Sozialdemokraten Glöckel noch einmal in dieser Stunde gegen die Regierung und ihre Befürwortung des Lausanner Protokolls geführt hat, und die Folgen, die sich daran für die österreichische Sozialdemokratische Partei knüpfen. Glöckel griff die Regierung an, im Fall VinzI sich einer politischen Erpressung schuldig

gemacht zu haben. Wie bekannt, hatte die Regierung diesen Abgeordneten dazu gebracht, sein Mandat, daß er bereits niedergelegt hatte, wieder aufzunehmen, aus dem einzigen Grunde, weil VinzI, dessen Partei — und damit sein Nachfolger im Nationalrat — gegen das Lausanner Protokoll stand, der Abstimmung auf jeden Fall fernblieben würde. Glöckel machte der Regierung die heftigsten Vorwürfe, daß sie sich der *Erpressung und des Terrors* schuldig gemacht habe. Er rief der Regierung zu:

„Haben Sie gar kein Empfinden, Herr Bundeskanzler, wie unendlich unwürdig dieser Stimmenschacher ist?“

Er warf der Regierung vor, daß sie zwar einen *arithmetischen Erfolg* erzielt, aber eine *moralische Niederlage* erlitten habe. Es sei eine Schande, daß man aus Parteiinteressen ein parlamentarisches Gaukelspiel aufführe, nur um den Schein zu erwecken, als hätte man eine Mehrheit.

Die übrige Kritik der Sozialdemokraten am Inhalt des neuen Pakts stützte sich auf die bereits längst erwiesene allgemeine Feststellung, daß das neue Protokoll dem österreichischen Staat keinerlei wirtschaftliche Vorteile bringe, Oesterreich dafür aber politisch auf Jahre hinaus zur Ohnmacht verdamme. Im Einzelnen fügte der sozialdemokratische Abgeordnete einige lehrreiche Urteile über die verhängnisvolle Bedeutung des Abkommens hinzu: zunächst eine Kritik an der Rückzahlung der hundert Millionen-Anleihe an England. Als die Kreditanstalt zusammenbrach und Frankreich zur allgemeinen Entrüstung an eine Sanierung *politische Bedingungen* knüpfte, da sei damals die englische Arbeiterregierung eingespungen, um Oesterreich ohne eine solche Auflage zu helfen. Heute stehe es so, daß diese Hilfgelder zurückgezahlt werden müßten und Oesterreich *unter der Zustimmung Englands* seine politische Unterwerfung unter die französischen Bedingungen dennoch zu unterschreiben habe. Ferner bedeute die ausländische Kontrolle, die in dem Protokoll vorgesehen sei, eine Be-

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Am Abend war er mitgezogen vors Heuerbüro und ins Direktionsgebäude der HAPAG, nachher ins sozialdemokratische „Echo“, das sich auf den Boden der Tatsachen stellte und einigen Spartakisten die Redaktion überließ. Dann hatte er sich mit seinem Trupp für den nächsten Zug nach Berlin verabredet.

Jetzt spürt er, noch halb im Schlaf, die ungewohnte Wärme, die von der neben ihm liegenden Frau ausgeht, und dabei erinnert er sich: Brummschädel hat den Hausschlüssel gehabt. Sie hatten noch ein langes Ende gehen müssen. Als sie endlich ankamen, lagen die Frauen schon im Bett, weil sie kein Petroleum mehr hatten.

Raumschuh sieht das Fenster heller werden. Lang und schmal ist es und führt auf einen Hof hinaus. Von dem Stück Giebel gegenüber ist der Kalk abgeplatzt. Die Gegenstände im Zimmer sind noch weich und ohne Formen.

Er richtet sich auf. Leise streichelt er das Haar seiner Gefährtin. Hanne heißt sie, und in Neumünster oder Bordesholm ist sie auf den Zug gestiegen. Sie hat welche Hände, an die er noch manchmal zurückdenken wird.

Um 7 Uhr 40 geht der Zug nach Berlin.

„Eigentlich ist es schade!“ sagt Raumschuh: „Aber wir müssen, wir haben uns mit den anderen verabredet!“

„Na, wenn ihr eben müßt...“ Und nachher stehen sie auf.

Bonczyk hat mit der anderen in der Kammer geschlafen. Die beiden kommen erst heraus, nachdem Hanne Kaffee gekocht und Tassen auf den Tisch gestellt hat. Es ist schon spät und Bonczyk muß den Kaffee stehend trinken.

Auch auf der Straße ist Bonczyk noch nicht ganz wach.

Wortlos tritt er neben Raumschuh her. Gewehre haben die beiden nicht mehr bei sich. Die haben sie gestern Abend gegen Brownings eingetauscht, die können sie in der Hosentasche tragen. Die Hamburger Straßen haben ihr gewöhnliches Aussehen. Die Kinder sind mit ihren Schulfächern unterwegs.

Die Straßenbahnen fahren wieder. Aber an der Dammtorbrücke stehen Soldaten mit roten Armbinden, auch an anderen belebten Straßenkreuzungen. Und der Hauptbahnhof gleicht einem Heerlager.

Von den neun Mann, die von Kiel abgefahren sind, treffen Raumschuh und Bonczyk nur zwei an, einen dritten finden sie im Wartesaal schlafend auf einer Bank.

Der fahrplanmäßige Zug nach Berlin geht nicht.

„Na siehst du, da hätten wir doch noch bleiben können! Es ist sowieso egal, wenn wir auch einen Tag später fahren!“ meint Bonczyk. „Es wird heute wohl überhaupt kein Zug nach Berlin gehen!“ erklärt ein Bahnbeamter.

„Da hast du's, da können wir doch zurückgehen!“

Aber Raumschuh hört nicht auf ihn. Er ist wieder von dem Getriebe erfasst — von Hamburg sollen Flieger unterwegs sein, um auf Hamburg Bomben abzuwerfen. Raumschuh stürzt auf die Bahnhofsache, Bonczyk und die anderen laufen mit, um Maschinengewehre zu holen und den Fliegerangriff abzuwehren zu helfen.

Aber die Flieger kommen nicht. Es war nur ein blinder Alarm.

Scheinbar gibt es in Hamburg nichts mehr zu tun. Die fünf Mann sitzen mit vielen anderen im Wartesaal oder lungern und stehen in der Halle und auf den Bahnsteigen herum, um eine Fahrgelegenheit aus Hamburg heraus zu finden. Dabei ist ihnen schon gleichgültig, wo die Fahrt hingehen würde, — nur ins Innere des Landes hinein, wo die Revolution noch nicht gesiegt hat. Nach einer Stunde finden sie einen Zug, der über Harburg nach Celle und vielleicht weiter bis Hannover geht.

Ohne Überraschungen kommen sie bis Celle.

Doch in Celle steht ein großes Aufgebot Infanterie auf dem Bahnsteig. Beim Einfahren springen die Soldaten auf den Zug und durch-

suchen die einzelnen Abteile. Die im Zug verteilten einzelnen Gruppen der Matrosen werden sofort von ihnen umringt.

„Ausweise vorzeigen!“
„Wo kommt ihr denn her?“
„Wir kommen von Kiel!“
„Und wir fahren nach Berlin!“
„Aussteigen, — ihr müßt mitkommen!“
„Marsch, auf die Bahnhofskommandantur!“
„Wir steigen nicht aus, fällt uns gar nicht ein!“

„Ihr habt uns überhaupt nichts zu sagen. Befehlen lassen wir uns von dem Soldatenrat Kiel!“

Der Infanterist macht große Augen: „Soldatenrat? Mensch, — wenn das mein Speiß hört, der wird verrückt, der wird sicher verrückt!“

Der Bahnsteig starrt von Gewehren. Ein Offizier läuft am Zug vorbei. Unteroffiziere mahnen: „Trab, trab! Bischen schneller!“

Es bleibt den Matrosen nichts anderes übrig, sie müssen aus den Wagen heraus und sich von den Soldaten abführen lassen. Sie werden in einen Holzpferch gesperrt, dreißig Mann sind es. Die draußen Posten stehenden Soldaten haben Gewehre.

Der nächste Zug bringt wieder Gefangene, wieder Matrosen, diesmal vierzig Mann. Also jetzt sind sie siebzig, es langt noch nicht. Aber die Bretterwände sind nur zusammengengelagert, das haben sie schon festgestellt. Und die Infanteristen lassen sich reden.

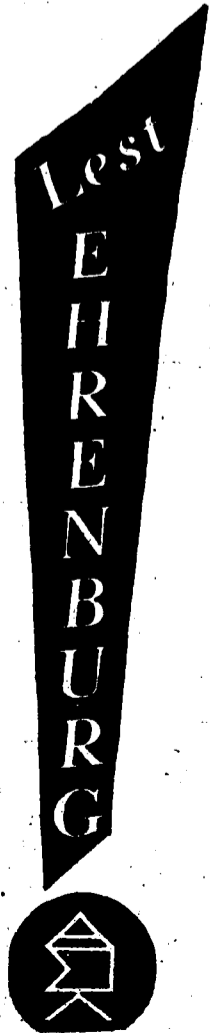
„Es ist nur wegen unseres Speiß!“ sagen sie. „Der ist so scharf. Vorher war er bei der Wache, hier im Zuchthaus Celle!“

„Und jetzt hat sogar ein Offizier das Kommando übernommen!“

„Wann kommt denn der nächste Zug an?“

„Der muß gleich einlaufen, aus Bremen!“

(Fortsetzung folgt.)



Staat und Wirtschaft.

Zu einigen neueren Korruptionsprozessen.

H. Lm. Neben den großen Wirtschaftsprozessen, die in letzter Zeit durchgeführt wurden bzw. in Vorbereitung sind, wurden in den vergangenen Wochen einige etwas kleinere Betrugs- und Bestechungsprozesse verhandelt. Sie haben zum großen Teil das eine gemeinsam, daß sie, von den verschiedensten Seiten aus gesehen, gewisse Gefahren zeigen, die durch allzu enge Verbindung zwischen Staat bzw. Kommune und Wirtschaft entstehen.

Zunächst sei hier

der Hamburger Zuckersteuer-Hinterziehungsprozeß

genannt, ein Prozeß, durch den verschiedene Stellen an insgesamt etwa 15 Millionen Mark betrogen wurden. Das besondere an den vorhandenen Betrügereien war die Schädigung der Zollbehörden. Sie wurde erst ermöglicht durch die absurde deutsche Zollgesetzgebung. Der Hauptangeklagte machte sich zunutze, daß von der Zollbehörde auf je 50 kg exportierten Zucker eine Ausfuhrprämie von 10 Mark gezahlt wurde. Er exportierte deshalb kleinere Mengen Zucker und fälschte dann die hierfür erhaltenen Zuckerausfuhrscheine so geschickt, daß er sich insgesamt auf diese Weise 6 Millionen Mark unrechtmäßig verschaffen konnte. Dieses Beispiel zeigt, zu welchen Blüten eine ungeschickte Zollgesetzgebung führen kann.

In zwei anderen Prozessen wurde gegen die Leiter zweier öffentlicher Betriebe verhandelt.

Der Prozeß gegen den Generaldirektor Pforte der Hagener Straßenbahn

war wegen absichtlicher Verschlechterung der Vermögenslage der Hagener Straßenbahn, rechtswidriger Aneignung von deren Geldmitteln und fahrlässiger Geschäftsführung angeklagt worden. Obwohl Pforte ein sehr anständiges Gehalt bezog, wurde ihm die unrechtmäßige Entnahme von weit über 600 000 Mark nachgewiesen. Allein innerhalb von drei Monaten soll er 184 000 Mark in kostspieligen Nachtokalen von Paris, Berlin und anderen Städten und zu ähnlichen Zwecken verbraucht haben. Ein nicht unerheblicher Betrag soll hierbei für Schmiergelder verbraucht sein, immerhin eine etwas merkwürdige Angelogenheit bei einem öffentlichen Betrieb.

Daß Gelder öffentlicher Betriebe für ähnliche Zwecke anscheinend nicht gar so selten verbraucht werden, zeigt auch der

Prozeß gegen die Direktoren der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens,

ebenfalls also eines öffentlichen Betriebs. Die früheren Generaldirektoren Dr. Krone und Dr. Fischer hatten sich wegen fortgesetzter Untreue zu verantworten. Auch hier verteidigten sich die Angeklagten zum Teil damit, daß sie größere Beträge im Interesse ihres Werkes „für besondere Zwecke“ und für „Bonifikationen“, d. h. Vergütungen an Herren verschiedener kommunaler Werke gezahlt hätten, da erst hierdurch manche Geschäfte zustande kommen konnten.

Wie weit allerdings diese Angaben den Tatsachen entsprechen, ist schwer nachzuprüfen, da bei den Vereinigten Elektrizitätswerken in Westfalen eine außerordentliche Mißwirtschaft herrschte. So konnten z. B. die Sekretärinnen einseitige Quittungen für Spesenbeträge der Direktoren ausstellen, ohne daß nachträglich ordnungsgemäße Quittungen von den Empfängern unterzeichnet wurden. Die bei der Direktion tätigen Damen waren inoffiziell mit nahezu unbegrenzten Vollmachten ausgestattet. Der Mangel an Kontrolle ermöglichte den beiden Direktoren, ihre Gesellschaft um insgesamt wohl mehr als eine Million Mark auf den verschiedensten Wegen zu schädigen. Wie in diesem Betrieb aber darüber hinaus mit den öffentlichen Geldern gewirtschaftet wurde, zeigt die Tatsache, daß für zahlreiche leitende Angestellte Hausgrundstücke, jedes im Werte von mehr als 100 000 Mark, und außerdem mehr als 100 Personenwagen gekauft wurden. Wir glauben, daß die Mißstände hier zum großen Teil auf die mangelnde Tätigkeit des Aufsichtsrates zurückzuführen sind, der größtenteils aus Bürgermeistern und anderen Beamten zusammengesetzt ist. Wir finden also auch

hier wieder einen bereiten Beitrag zum Kapitel der Beamtenwirtschaft.

Auch

der Potsdamer Bestechungsprozeß Kießling

lieferte zu diesem Thema eine Illustration. Dieser Prozeß verdiente auch deshalb ein gewisses Interesse, weil hier die Mißwirtschaft ans Tageslicht kam, die in der Potsdamer Tiefbauverwaltung, einem Teil der reaktionären Potsdamer Stadtverwaltung, herrschte. Hier hatte der berühmte alt-preußische Beamtengeist weder vor umfangreichen Bestechungen noch vor einer außerordentlich mangelhaften Organisation und sonstigen pflichtwidrigen Zuständen schützen können. Wenn auch in diesem Bestechungsprozeß nur ein Beamter der Potsdamer Stadtverwaltung verurteilt wurde, so bedeutete der Freispruch der anderen Angeklagten doch keine Ehrenrettung für diese. Im Stadtbauamt herrschte nämlich eine derartige Unordnung, daß sichere Unterlagen für den Prozeß nur schwer gewonnen werden konnten. Im übrigen spielten auch hier Bestechungsgelder eine große Rolle. Sie wurden nur dieses Mal nicht von einem öffentlichen, sondern einem Privatunternehmer gezahlt. Merkwürdig war hier die Urteilsbegründung für den Freispruch des Tiefbauunternehmers Dübener, der nachweislich mehr als 80 000 Mark Schmiergelder in einem Jahre verausgabte. Das Gericht bescheinigte ihm nämlich, daß ihm unlautere Handlungen ferngelegen hätten. Er habe als wohlhabender Geschäftsmann gedacht: „Leben und leben lassen.“

Wir geben natürlich zu, daß Fehler in allen Unternehmungsformen unvermeidlich sein werden. Immerhin scheinen uns die angeführten Prozesse doch gewisse Gefahren zu zeigen, die sich überall da verstärkt zeigen, wo der Staat bzw. die Kommunen sich mit wirtschaftlichen Dingen befassen.

Thüringisches Nazi-Regiment beginnt.

Der thüringische Landtag wählte sich am Dienstag zwei Nazis ins Präsidium: Präsident wurde der NS Marschler mit den Stimmen der NS, des Landbundes und der Deutschnationalen. Da die Nazis sich weigerten, einem Marxisten die Stimme zu geben, wurde weder ein Vertreter der zweitstärksten Fraktion (SPD) erster, noch ein Vertreter der drittstärksten Fraktion (KPD) zweiter Vizepräsident. Erster Vizepräsident wurde der Landbündler von Thümmel, zweiter der NS Hille. Die Kommunisten hatten

wieder für alle drei Posten ihre eigenen Kandidaten vorgeschlagen; sie hätten allerdings auch bei Einheitsfront mit den Sozialdemokraten kein anderes Resultat der Präsidentenwahlen erzwingen können — was natürlich nicht gegen eine solche Einheitsfront spricht.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen nationalsozialistischen Präsidenten war die

Ausschließung der gesamten kommunistischen Fraktion für drei Sitzungstage.

Die Kommunisten hatten sich geweigert, sich zu Ehren der „Niobe“-Toten von ihren Plätzen zu erheben. Der Akt Marschlers ist eine bloße Willkür: Niemand ist verpflichtet, höflich zu sein oder Tote zu ehren, die er nicht kennt — am wenigsten sind die Kommunisten, die von der Partei des Herrn Marschler nur als Menschen 2. Klasse angepöbeln werden. Wieviele Arbeiter kommen namenlos ums Leben im Betrieb über und unter der Erde, wieviele Verelendete und Verzweifelte gehen heute täglich an Erschöpfung zu Grunde, ohne daß in der Öffentlichkeit ein Hahn oder Nazi nach ihnen kräht! Es ist zu begreifen, daß die Kommunisten die einseitige Demonstration für eine Klasse von Toten, die unter durchsichtigen Gesichtspunkten ausgewählt ist, wie die ganze nationalsozialistische Propaganda um das „Niobe“-Unglück beweist, ablehnen.

Das neue Landtagspräsidium hat den nationalsozialistischen Fraktionsführer Sauckel mit der Regierungsbildung beauftragt. Es ist kaum zweifelhaft, daß die NS eine Regierung mit dem Landbund bilden werden. Diese beiden Fraktionen zusammen haben die Mehrheit.

Ein Aufruf des Initiativ Ausschusses des Antikriegskongresses.

An alle Nationalen Ausschüsse.

An alle Kongreßteilnehmer.

An alle Freunde des Kongresses.

Das Büro des Internationalen Initiativ Ausschusses richtet an euch den dringenden Ruf, die Geldsammlungen und Geldzeichnungen zur Deckung der Organisationskosten des Kongresses energisch zu fördern.

Trotz der gastlichen Aufnahme, die wir bei unsern Freunden im Kongreßland erwarten können, wird es erheblicher Anstrengungen bedürfen, sowohl seitens aller Kongreßteilnehmer wie der durch Delegiertenwahlen beteiligten Massen, um nicht nur die Ausgaben für die einzelnen Delegationen zu decken, sondern auch zur Deckung der allgemeinen Kongreßkosten beizutragen. Diese Unkosten sind trotz vieler freundlicher Zuwendungen recht bedeutend.

Regierungen und Völkerbund zwingen die werktätigen Massen, die Milliarden aufzubringen, die man zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges braucht! Wenige zehntausend Francs gegen den Krieg müssen freiwillig aufgebracht werden!

Für das Büro:

Luis Barbou

Alle, welche Subskriptionslisten haben zirkulieren lassen, werden dringend gebeten, Listen und Geldbeträge dem Schatzmeister des Internationalen Initiativ-Komitees: Francis Jourdain, 26 rue Vavin, Paris 6, Postscheck c. c. Paris 316-05, einzusenden.

Als Gebühr für die Teilnahme ist der geringe Betrag von 20 französischen Francs für jeden Delegierten festgesetzt worden. Diese niedrige Besteuerung wird es ermöglichen, die Kosten für Stenogramm und Übersetzungen aufzubringen.

Die Gebühr von 20 Francs ist von jedem Delegierten gleichzeitig mit der Aushändigung seiner Vollmacht bei der Kontrollstelle des Kongresses zu zahlen.

Die russische Eismeerespedition entdeckt neue Inseln.

Professor Samoilowitsch hat von Bord des russischen Eisbrechers *Rusanow* der Sowjet-Regierung telegraphisch eingehenden Bericht erstattet über die Lage einer von ihm entdeckten Inselgruppe. Es handelt sich um eine bisher völlig unbekanntes Inselgruppe nordwestlich von der sibirischen Halbinsel Taimyr.

Der Kampf um die Steuereinnahmen zwischen Staat und Gemeinden.

Rpt. Das preußische Finanzministerium hat die Gemeinden mehrfach auf die Notwendigkeit pünktlicher Ablieferung der von den Gemeinden erhobenen Staatssteuern an die Staatskasse hingewiesen. Trotzdem ist, wie vom Finanzministerium mitgeteilt wird, die Höhe der „der Staatskasse vorenthaltenen Beträge“ und die Zahl der „säumigen Gemeinden“ von Monat zu Monat gestiegen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, das Ausmaß der Ungesetzlichkeiten führe zu einer ersten Gefährdung der Kassenlage des Staates.

In einem Runderlaß an die Ober- und Regierungspräsidenten wird folgendes Verfahren angeordnet: Wo auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Ablieferung der Staatssteuern in Zukunft pünktlich und vollständig erfolgt, haben die Regierungspräsidenten dem Verwaltungsorgan der Gemeinde die förmliche Anweisung zu geben, in Zukunft sämtliche Staatssteuern unverzüglich und vollständig an die zuständige Staatskasse abzuliefern, und gleichzeitig den verantwortlichen Kassenbeamten der Gemeinde darauf hinzuweisen, daß er die Ausführung dieser Anordnung dem Regierungspräsidenten persönlich verantwortlich ist. Nur wenn durch eine solche Anweisung die pünktliche und vollständige Ablieferung der Staatssteuern nicht hinreichend gesichert erscheint oder wenn trotz einer solchen Anwei-

sung die Staatssteuern nicht ordnungsgemäß abgeliefert werden, ist ein besonderer Staatskommissar einzusetzen.

Der Staatskommissar soll darauf Rücksicht nehmen, daß der dringendste Bedarf der Gemeinde zur Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen sowie der notwendigen Ausgaben für Gehälter und Löhne keine Stockung erfährt gegenüber der bisherigen Zahlungsweise. Gegebenenfalls hat die Aufsichtsbehörde die Gewährung eines Sonderzuschusses zur Bestreitung dieser dringendsten Ausgaben bei dem Minister des Innern zu beantragen.

Die angeordneten Maßnahmen sind so lange aufrecht zu erhalten, als es die Sicherstellung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen der Gemeinde erfordert.

Warum haben die Gemeinden das „Ausmaß der Ungesetzlichkeiten“ so gesteigert, daß die Regierung mit Staatskommissaren droht? Doch weil durch Notverordnungen immer nur die Reichs- und Staatsfinanzen „geordnet“ wurden, oft auf Kosten, meist unter Außerachtlassung der Gemeindeinteressen und damit der Wohlfahrtsempfänger. Dasselbe gilt für die „Sanierungen“ der Arbeitslosenversicherung.

Wann wird mit diesem Fehler gebrochen? Welcher Kommissar sorgt dafür, daß Schwierigkeiten und Lasten nicht weiterhin auf die Gemeinden verschoben werden?

Genossenschaften und Krise.

Von der Tagung des Deutschen Genossenschaftsverbandes.

Rechtsanwalt Dr. Lang, der stellvertretende Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, wies in seiner Rede auf die Krisenfestigkeit der gewerblichen Kreditgenossenschaften hin. Die großen Rückzahlungen, die während und nach der Bankenkrise im vorigen Jahr vorgenommen werden mußten, konnten von den gewerblichen Genossenschaftsbanken zu mehr als vier Fünfteln aus eigenen Mitteln bestritten werden, während beispielsweise die Sparkassen nur knapp ein Viertel der von ihnen verlangten Rückzahlungen ohne fremde Hilfe vornehmen konnten. Ein Teil der Genossenschaften war infolge der Bankenkrise gezwungen, Kredite in Anspruch zu nehmen, für deren Rückzahlung das Reich die Garantie übernahm.

Zur Rationalisierung gewerblicher Genossenschaften sind vom Reich 28 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt haben die Kreditgenossenschaften 1931 einen Reingewinn von 17 Millionen Mark aufzuweisen.

Lang berichtete dann über die Neuorganisation der Warengenossenschaften. Der Deutsche Genossenschaftsverband umfaßt rund 1635 Einkaufsgenossenschaften, des Handwerks und des Einzelhandels. Nach der Umsatzsteuerstatistik sind von 1,9 Millionen Handwerkern in Deutschland 12 bis 13 Prozent genossenschaftlich organisiert und von rund 1 Million Einzelhandelsbetrieben rund 10 bis 12 Prozent.

Auf den Genossenschaftstagungen 1929 und 1930 sei es zu einem engeren Zusammenarbeiten zwischen den Spitzenverbänden des Handels und Gewerbes und des Deutschen Genossenschaftsverbandes gekommen. In Verfolg dieses Zusammenarbeitens seien verschiedene genossenschaftlich organisierte Handwerkszweige einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden. Die Arbeiten für die Bäcker- und Schneidergenossenschaften hätten nicht nur zur Herausgabe von betriebswirtschaftlichen Musterdarstellungen geführt, sondern darüber hinaus auch die Aufstellung eines Programms für die Neuorganisation dieser Genossenschaftsgruppen zur Folge gehabt.

Nach Lang sprach der Direktor des Edeka-Verbandes Deutscher kaufmännischer Genossenschaften Dr. König. Dem Edeka-Verband sind 430 Einkaufsgenossenschaften angeschlossen denen etwa 30 000 Einzelmitglieder aus dem selbständigen Kolonial- und Feinkost-Einzelhandel angehören. Dieser Verband hat besonderen Wert darauf gelegt, Geschäftsführer in Kursen und in der praktischen Arbeit besonders gut geführter Edeka-Genossenschaften auszubilden. König formulierte die Aufgabe zum Schluß so: „Das Instrument der Warengenossenschaft ist nützlich, gut und notwendig. Notwendig ist aber auch, tüchtige Geschäftsführer auszubilden, die dieses Instrument richtig zu handhaben verstehen.“

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Wir bringen aus der Rede von Brandes, die er als Berichterstatter des Vorstandes gehalten hat, die wichtigsten Stellen, die sich mit der politischen Stellung des Verbandes befassen. Brandes sagte:

Noch besteht das große Tarifgebäude der Gewerkschaften, dieses Hindernis eines völligen Lohnabsturzes. Die Scharfmacher wollen es (!) zerstören, sie wollen in der Lohngestaltung frei werden, den Grundsatz der Unabdingbarkeit der Tarifverträge beseitigen, lediglich Lohnrichtsätze sollen aufgestellt werden.

Wenn die Unabdingbarkeit aufgegeben wird, ist der Tarifvertrag praktisch erledigt, und damit ein Schlag gegen die Rechtstellung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft geführt, der nicht nur tiefgehende Folgen für die Arbeiter, sondern auch für die Wirtschaft und für den Staat haben müßte.

Den Gewerkschaften wird vorgeworfen, ihre Politik sei falsch gewesen. Sie habe sich auf die Demokratie gestützt, den Staat verteidigt, statt rücksichtslos über die Interessen dieses Staates hinweg außerparlamentarische Machtmittel einzusetzen. Sie vergessen oder wollen nicht sehen, daß wir mit dieser Politik einen erheblichen Aufstieg bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erreicht haben.

Was soll der Hinweis auf das russische Beispiel? Es ist ein Agrarland mit reichen Bodenschätzen. Und was sich in Rußland unter ungeheurer Ausbeutung der Arbeiter vollzieht, ist kein Sozialismus. Es ist eine mit Hochdruck betriebene Entwicklung eines Agrarlandes vom Frühkapitalismus zum Hochkapitalismus.

betrieben durch eine Diktatur, die keine Diktatur des Proletariats ist. Die deutsche Arbeiterklasse hat nicht das Zeug zum Hungern und Ausbeutenlassen, wie die russische.

(Brandes hat offenbar weder Hunger, noch wird er ausgebeutet! Daß die Delegierten ihn an dieser Stelle schallend ausgepöfeln hätten, sagt der Bericht nicht! Wie hoch ist Ihr Gehalt, Kollege Brandes? Und wissen Sie, wieviel Geld die Arbeitlosen zu verbrauchen haben? Sicher nicht! Wie könnten Sie sonst sagen: die deutsche Arbeiterklasse hat nicht „das Zeug zum Hungern“!) Ueber das sozialistische Ziel sind wir einig. Die Voraussetzung für seine Erreichung ist die politische Macht. Wir wollen sie erreichen, durch Gewinnung der Köpfe. Dazu brauchen wir den Kampfboden der Demokratie. Sie ist nicht Selbstzweck,

wohl aber eine sichere Methode als Putsch und Bürgerkrieg. Denn alles Gerede über Generalstreik läuft letzten Endes doch auf die Entfaltung des Bürgerkrieges hinaus.

Opfer der Rekordsucht.

Bel einem Motorradrennen in Sofia (Bulgarien) entgleiste ein Fahrer in der Kurve und fuhr in eine Schar zusehender Kinder hinein. Sechs Kinder wurden verletzt: eins von ihnen ist bereits gestorben, zwei andere liegen hoffnungslos danieder.

Die vielen Verkehrsunfälle dieser Tage

spiegeln den Mangel an Achtsamkeit gegenüber Menschenleben wider, der das öffentliche Leben Deutschlands so stark beherrscht: man ist daran gewöhnt worden, daß ein Menschenleben gering im Kurs steht. Mit dem Datum vom Montag liegen uns allein sechs Meldungen über Verkehrsunfälle vor, meist schwere (je ein toter Mensch in Dortmund, Siegburg und Wittstock; ein totes Pferd in Berlin). „Unglücksfall“ ist im allgemeinen hier nicht das richtige Wort: es handelt sich nicht um Unglück, sondern um Schuld, also Unrecht. Die große Hitze und die dadurch herabgeminderte Aufmerksamkeit erklären nur zum geringeren Teil die gemeldeten Fälle.

Quittung

Über Spenden für den Presselands des „Funken“.

G. B. in M. 7,11 M.; J. P. in B. 10.— M.; H. S. in B. 10,40 M.; W. G. in F. 10.— M.; H. D. in G. 5.— M.; F. W. in M. 2.— M.; I. B. in H. 3.— M.; W. H. in H. 5.— M.; W. B. in H. 3.— M.; K. R. in H. 5,50 M.; K. B. in H. 5.— M.; E. L. in H. 3.— M.; Verschiedene in H. 2,01 M.; H. in K. 7,40 M.; E. und W. in S. 2.— M.; A. P. in M. 10.— M.; T. H. in K. 25.— M.; R. und S. in F. 40.— M.; Sammlung H. in H. 35,80 M.; R. L. in B. 47,45 M.; R. L. in G. 60.— M.

Wir danken allen Spendern herzlich. Weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Die Ortsgruppe Norden der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ hat am Montag, dem 29. August, 20.30 Uhr, in den Arminius-Sälen, Berlin NW 21, Bremer Straße 72, Vereinszimmer, 1 Treppe, eine Mitgliederversammlung. Thema: „Aktuelle Tagesfragen“.

Die Ortsgruppe Mitte der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ hat am Dienstag, dem 30. August, 20 Uhr, in Landré's Weißbierstuben, Berlin, Neue Friedrichstr. 38 a, eine Mitgliederversammlung. Thema: „Die politische Lage“.

ISK

7. JAHRGANG 8. HEFT AUGUST 1932

Inhalt:
JULIUS PHILIPPSON:

Jugend und Krieg.

HANS LEHNERT:

Kleinstateerei und Nationalismus.

HANNA FORTMOLLER:

Vorwärts zur Einheitsfront!

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatlich 30 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

(Brandes hat auf dem „Boden der Demokratie“ zu viel Diplomatie und Demagogie gelehrt. Er sollte also hier offen sagen: Die Gewerkschaften sind gegen den Generalstreik! Dann weiß jeder, daß Kollege Brandes nur für Predigen ist!) Die Taktik der KPD ermöglicht dem Hakenkreuz seine heuchlerische Märtyrerstellung. Körperliche Abwehr und Arbeitsverweigerung müssen letzte Mittel im politischen Kampfe sein. Unsere Ankläger denken an eine Abwehr durch einen als Revolution bezeichneten (!) politischen Gewaltakt. Möglich, daß er eines Tages unvermeidbar wird. Ist es aber für die aufsteigende Arbeiterklasse nicht wichtig, die ungeheure Revolution zu beachten, die durch die wirtschaftlichen Umwälzungen und durch die gesellschaftlichen Umwälzungen der Gegenwart sich vollzieht, die letzten Endes für den Aufstieg der Arbeiterklasse arbeiten? Daraus erklärt sich die Stellung der Gewerkschaften, und die Zeit wird lehren, daß sie richtig gehandelt haben. Wir haben in Deutschland nur deshalb (!) mit dem Faschismus zu rechnen, weil der Bolschewismus den Boden bereitet hat.

Die furchtbaren Erfahrungen der Krise helfen die (!) Köpfe auf (welche bitte?). Sie arbeiten letzten Endes für den demokratischen Sozialismus, besonders, wenn die Arbeiter einig sind.

Fort mit der Gewalt der Katastrophenpolitik! Fort mit der Verleumdung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen!

Her mit einer wirklich ehrlichen Einheitsfront, einer Front der Kopf- und Handarbeiter, des wertvollsten Teils jeder Gesellschaft. Heute setzen wir wieder, wenn es sein muß, unser Leben ein, denn Knechtschaft ist für die deutsche Arbeiterschaft unerträglich.

In der Diskussion zeigte sich, daß die Opposition sehr schwach ist, sie bleibt unter 10 Stimmen.

Der Vorwurf der Opposition, daß der 20. Juli in Preußen den Generalstreik hätte auslösen müssen, wurde mit dem

Hinweis auf die Haltung der KP beantwortet, die mit aller Kraft gegen die Regierung Braun-Seydewitz kämpfte. Das ist eine Ausrede, da selbst Stampfer, der „Vorwärts“-Chef, erklärt hat, daß die SPD am 20. Juli einen wichtigen Moment zum Gegenstoß verpaßt habe.

In seinem Schlußwort richtete Brandes an die Delegierten den dringenden Appell, ungeachtet der politischen Auffassungen des Einzelnen alle Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion einzusetzen.

Dieser Appell steht leider im Widerspruch zu dem, was der DMV getan hat. Fritz Kummer, Redakteur der Verbandszeitung, gab in seinem Bericht als Antwort auf die Behauptung, die „Metallarbeiter-Zeitung“ habe einseitig Propaganda für die SPD gemacht, zu, daß er das sogar ganz bewußt getan habe. Aber außer der Propaganda für die SPD hätten nur noch zwei Möglichkeiten bestanden: neutral bleiben oder „Mampe machen“. Mit „Mampe“ meinte er wohl die Einheitsfront. Aber weil es diesmal um mehr ging, nämlich um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung, deswegen habe er für die Partei Propaganda gemacht, der „wir“ unsere Existenz verdanken.

Diese verschwommene Rederei zeigt jedenfalls eindeutig, daß Kummer für sein Teil nicht gewillt ist, seine Parteauffassung zurückzustellen um „alle Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion“ zusammenzufassen. Damit erschwert er aber die Verwirklichung dessen, was in der Resolution gefordert wird:

„Um den Kampf gegen den Faschismus und die Sozialreaktion möglichst wirkungsvoll zu machen, ruft der Verbandstag alle Metallarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands auf, sich im DMV zu vereinigen und damit unter schärfster Ablehnung aller Spaltungsversuche und Einheitsfrontmanöver der KPD und RGO die tatsächliche Einheitsfront der Arbeiter in den Gewerkschaften zu bilden.“

Ueber die weitere Diskussion und den übrigen Verlauf berichten wir noch abschließend.

Der Konflikt bei der Bewag.

Zu dem Vorstoß der Direktion der Bewag, die durch Arbeitszeitverkürzung — auf 40 Stunden bei den Arbeitern, auf 44 Stunden bei den Angestellten — eine nochmalige Senkung der Löhne und Gehälter durchführen will, nahmen am Montag abend die Arbeiter-Funktionäre, am Dienstag abend die Funktionäre der Angestellten Stellung.

Die Arbeiter-Funktionäre stellten fest, daß nach der Arbeitszeitverkürzung vom Januar 1931 von 48 auf 44 Stunden die Arbeitsleistung die gleiche geblieben sei, daß Entlassungen dadurch also gar nicht vermieden worden seien. Trotzdem stößt die Direktion jetzt mit der gleichen Begründung vor und droht bei Ablehnung ihres Vorschlages mit Entlassungen von 150 bis 500 Mann. Wird der Vorschlag angenommen, so will sie den Lohnsatz bis April 1935 verlängern und bis dahin keine Arbeiter entlassen. Die Funktionäre waren der Ansicht, daß es der Direktion nur auf Senkung des Lohnsatzes ankommt, um eine Dividende von 10 Prozent herauswirtschaften zu können. Sie erklärten, daß sie keine neuen Opfer auf sich nehmen könnten. In Konsequenz dieser Stellung müßten sie dann für einen Lohnausgleich kämpfen, falls die Arbeitszeitverkürzung wirklich durchgeführt wird. Ein solcher Beschluß wurde aber nicht gefaßt. Offenbar sollen erst noch weitere Verhandlungen mit der Direktion geführt werden, für die die Gewerkschaftsvertreter sich noch nicht festlegen wollen. Sehr kennzeichnend ist das Schlußwort aus dem Bericht des „Vorwärts“ über diese Versammlung: „Wenn die Direktion glaubt, ihre Absichten weiter verfolgen zu müssen, wird die Belegschaft gegebenenfalls dazu Stellung nehmen.“ Dabei weiß jeder, daß die Direktion ihre Absicht weiter

verfolgt, aber die Belegschaft soll nur ja nicht zu früh beunruhigt werden!

Die Angestellten-Funktionäre stellten bestimmte Forderungen auf, für die ihre Vertreter in den Verhandlungen eintreten sollen: Bei Durchführung der 44-Stunden-Woche Verlängerung des Tarifvertrages bis 30. September 1935, bis dahin keine Entlassungen, keine weiteren Gehaltskürzungen, keine Heruntergruppierungen (die Direktion will die Zusagen bis zum 30. März 1935 machen). Ferner fordern die Angestellten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht bloß durch eine Verkürzung des Arbeitstages, sondern durch die Einschaltung freier Tage vorgenommen werden soll. Auf diese Weise glauben die Funktionäre, eine bessere Kontrolle durchführen zu können. Die Befürchtung, daß trotzdem das gleiche Pensum verlangt werden wird, wird auch von den Angestellten geteilt, obwohl z. B. in den Rechnungsbüros heute schon das Arbeitspensum nicht beachtet werden kann. Ferner sollen die unteren Gehaltsgruppen, einschließlich 6a und 6b, keinen Gehaltsausfall haben — dies ist von der Direktion bereits zugesagt worden. Die Funktionäre fordern aber einen teilweisen Ausgleich auch für die nächsthöheren Gruppen. Nach den Verhandlungen der Direktion sollen die Angestellten-Funktionäre erneut Stellung nehmen, und dann soll eine Vollversammlung aller freigewerkschaftlich Organisierten stattfinden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janitzewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 8 Pfd netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug aus erstklassigem Stoff mit bestem Futter in sorgfältiger Maßarbeit.

Preiserhöhungen nach oben und auch noch nach unten. Je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104. H. v. l.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker

GÖTTINGEN / Judenstraße 3, III.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

Ab 17. Aug. Der große Gabbo

mit Erich Stroheim und Betty Compson. / Die seltsame Geschichte eines Bauherrn und seiner Puppe Otto.

Fox tönende Wochenschau.

Anfangszeit 17, 18 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!

Otto Pfothenauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Soeben erschien in neuer Ausstattung:

Philosophen für und wider die Revolution.

Von HELLMUTH FALKENFELD.
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.

Inhalt:

- I. Die Philosophen der französischen Revolution.
- II. Immanuel Kant.
- III. Johann Gottlieb Fichte.
- IV. Jakob Friedrich Fries.
- V. Hegel.
- VI. Marx.
- VII. Stirner.
- VIII. Tolstol.
- IX. Nietzsche.
- X. Popper-Lynkeus.
- XI. Leonard Nelson.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Zu den Urteilen von Brieg und Beuthen.

Stellungnahme des „Reichsbanners“.

Einer Erklärung der Bundes-Pressestelle des „Reichsbanners“ entnehmen wir: Die Zusammenstöße in Ohlau sind erst dann erfolgt, als nach grundlosen Überfällen der Nationalsozialisten auf republikanische Arbeiter sich die bis aufs Blut gereizte Bevölkerung zu Handlungen der Notwehr und Vergeltung hat hinreißen lassen. Es ist hinreichend bekannt, daß die Bundesführung des „Reichsbanners“ jede ungesetzliche Handlung von Kameraden des „Reichsbanners“ mißbilligt; aber wir glauben, dem leidenschaftlichen Gefühl von Millionen von Volksgenossen Ausdruck zu geben, wenn wir sagen, daß die Zeit vorbei sein muß, wo sich Republikaner widerstandslos und schutzlos abschlagen lassen müssen. . . Wir werden außerdem kein Rechtsmittel unversucht lassen, um das unerträgliche Urteil des Brieger Sondergerichts abzuändern. . . Wer . . . die Fälle von Ohlau und Potempa als gleichwertig betrachten will, übernimmt die volle moralische Mitverantwortung für die Flut furchtbarer politischer Verbrechen, die seit Bestehen der nationalsozialistischen Bewegung das politische Leben Deutschlands vergiftet haben. Abschließend weisen wir darauf hin, daß von seiten des „Reichsbanners“ rechtzeitig der Reichsinnenminister auf die Folgen aufmerksam gemacht worden ist, die durch die Wiederaufhebung des SA-Verbots notgedrungen entstehen mußten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion an die verurteilten Reichsbannerleute.

„In enger Solidarität mit allen kämpfenden Proletariern verbunden, erheben wir schärfsten Protest gegen das gegen euch und eure Kameraden gefällte Terrorurteil. Wir beantragen beim Zusammentritt des Reichstags sofortige Aufhebung des Urteils und eure Freilassung. Es lebe die antifaschistische Aktion! Mit brüderlichen Kampfesgrüßen

Kommunistische Reichstags-Fraktion.“

Die Bestimmungen über Begnadigung bzw. Urteilsvollstreckung.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Auf das Verfahren der Sondergerichte finden gemäß § 7 der Verordnung der Reichsregierung vom 9. August 1932 die Vorschriften der Strafprozeßordnung Anwendung, soweit nicht in der Verordnung ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Daher ist die Vollstreckung von Todesurteilen, auch wenn sie von Sondergerichten gefällt sind, gemäß § 453 der Strafprozeßordnung erst zulässig, wenn die Entscheidung der zur Ausübung des Gnadenrechts berufenen Stelle ergangen ist, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, Da die Sondergerichte Ländergerichte sind, ist die zur Ausübung des Gnadenrechts berufenen Stelle in diesem Falle nicht der Reichspräsident oder die Reichsregierung, sondern gemäß Artikel 54 der Preussischen Verfassung die Preussische Staatsregierung.

Das Verfahren regelt sich, wie bei allen Todesurteilen preussischer Gerichte, nach der Allgemeinen Verfügung vom 26. August 1919 über die Zuständigkeit und das Verfahren in Gnadensachen. Danach hat der Oberstaatsanwalt, nachdem er zunächst die Stellungnahme des Generalstaatsanwalts eingeholt hat, die Akten mit seiner Äußerung dem Beauftragten für Gnadensachen vorzulegen. Dieser hat in jedem Falle, ohne auf die Einreichung eines Gnadengesuches zu warten, mit größter Beschleunigung an den Justizminister zu berichten. Seinem Bericht hat er eine Äußerung des Vorsitzenden des Sondergerichts, des Gnadenanwalts, und etwa noch anderer von ihm gehörter Stellen beizufügen.

Es ist selbstverständlich, daß neben tunlichster Beschleunigung allen beteiligten Stellen mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheit sorgfältigste-Prüfung obliegt.

Luetgebrune entdeckt überraschende Tatsachen.

Der Verteidiger im Beuthener Prozeß, Luetgebrune, teilte mit, daß für seine Mandanten der Gnadenweg nicht in Frage komme, da das Urteil einen einzigen Justizirrtum darstelle. Er glaubt im übrigen neue überraschende Tatsachen festgestellt zu haben (z. B. einen Ueberfall durch den Kommunisten Pietzuch auf einige Nationalsozialisten, kurz vor der Ermordung des P.), wodurch sich die Möglichkeit herausgestellt habe, das Wiederaufnahmeverfahren vor einem ordentlichen Gericht zu betreiben.

Die tägliche Ration Zeltungsverbote.

Der stellvertretende Oberpräsident von Sachsen verbot den sozialdemokratischen „Volksboten“ in Zeitz auf fünf Tage.

Horthy - Ungarn bereitet neue Blutjustiz vor.

Unsere Meldung über die neuen Verhaftungen in Ungarn (im „Funken“ vom 28. August) müssen wir an Hand ungarischer bürgerlicher Zeitungsberichte ergänzen. Die Anzahl der Ende der vergangenen Woche neu Verhafteten beträgt 24 (11 Namen sind bekanntgegeben). Es sind dies angeblich führende Parteifunktionäre, die beschuldigt werden, die parteiorganisatorische Arbeit von Sallai und Fürst fortgesetzt zu haben; aber außerdem auch das gesamte Personal der kommunistischen illegalen Buchdruckerei, ferner der Kunstmaler Hay, der als Propagandazeichner für die kommunistischen Ideen geworben haben soll, und schließlich der berühmte Hygieneforscher und Arzt, Joseph Madzsar, dessen Aufgabe darin bestanden haben soll, die kommunistischen Ideen nach Möglichkeit in der legalen Presse zu verbreiten.

Die Mehrzahl der Verhafteten sind langjährige bewährte Kämpfer der Arbeiterbewegung. Beispielsweise hat Poll schon früher wegen seiner revolutionären Tätigkeit 3 1/2 Jahre Zuchthaus abgebußt. Madzsar, der Herausgeber einer legal erscheinenden ausgezeichneten wissenschaftlichen Zeitschrift „Farsadalmi Szemle“ (Soziale Rundschau), hat sich im vorigen Jahr vor Gericht zu verantworten gehabt.

Die Tätigkeit, die all diesen 24 Menschen — ebenso wie ihren noch im vergangenen Monat verhafteten 11 Genossen — zur Last gelegt wird, ist eine organisatorische, aufklärende und propagandistische Arbeit, die in allen bürgerlich-demokratischen Ländern offen und straffrei ausgeübt werden kann. Trotzdem beabsichtigt die Regierung, wie die bürgerliche

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein verbot die Wochenschrift „Der Volkskampf“ in Kiel bis zum 1. Oktober. Sie soll eine Beschimpfung des Reichspräsidenten enthalten haben.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel auf die Dauer von acht Tagen verboten. Grund angeblich: „böswillige Verächtlichmachung“ der Justiz in einem Artikel: „Zweierlei Maß“.

In den wichtigsten Büros der KPD in München wurde Haussuchung gehalten. Keine Meldung über etwaige Ergebnisse.

Antreten in Räuberzivil!

Wie die SS ein Attentat vorbereiten.

Die Bundespressstelle des „Reichsbanners“ teilt das Ergebnis von Nachforschungen über die nationalsozialistischen Attentate mit, die in der Wahlnacht in Braunschweig ausgeführt wurden. In der Mitteilung des „Reichsbanners“ heißt es unter anderem:

„Wie sich jetzt herausstellt, sind diese Sprengstoffattentate durch die Führung der SS organisiert und durchgeführt. Am Sonntag, dem 31. Juli, morgens 9 Uhr, wurde die SS im Restaurant Holzgarten zusammengezogen.

Der Führer, Rechtsanwalt Alpers, zog 80 zuverlässige und ältere SS-Leute heraus, darunter eine Anzahl Unterführer, und schickte diese Leute nach Hause mit dem Auftrag, nachmittags in Räuberzivil im Holzgarten wieder zu erscheinen.

An dieser Einteilung waren außer Alpers sein persönlicher Adjutant Strage und ein SS-Mann Busch, der zum Stabe gehört, beteiligt. Gegen Abend wurde dieses Kommando durch den Rechtsanwalt Alpers in kleinere Gruppen aufgeteilt und mit besonderen Aufträgen versehen. Vier Gruppen von je vier SS-Leuten, einem Führer und einem Chauffeur, erhielten gegen 2 1/2 Uhr nachts den Auftrag, aus einem vorläufig noch unbekanntem Unterkunftsraum in der Stadt Braunschweig Sprengkörper abzuholen und endlich

Zu der Zahl 58 der neuerdings in den Ruhestand versetzten Landräte muß man eine zweite Zahl hinzunehmen: etwa 35 von ihnen sind Republikaner. Nach außen ist die Aktion unpolitisch frisiert: Landkreise gingen ein, die betreffenden Landratsposten wurden also überflüssig. Aber von den Abgesägten wurden einige wieder verwandt, unter ihnen so gut wie keine Angehörigen der Weimarer Parteien. Unter den neuernannten Landräten sind hingegen viele Adlige.

Eine außerordentliche Tagung des preussischen Staatsrats beginnt am 7. September. Die SPD hatte die Tagung beantragt, damit die Preußenregierung den Staatsrat — wie es der preussischen Verfassung entspricht — „über die Führung der Staatsgeschäfte auf dem Laufenden“ halte.

Zu Brachts Verwaltungsreform wird der Gemeindevorstand des preussischen Landtags am Freitag Stellung nehmen.

Die Harzburger Ehe zerrüttet.

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei stellt es jetzt rückhaltlos öffentlich fest: schon in Harzburg war ein Mißklang darin, und jetzt ist die Ehe ganz in Scherben. Das Wort Rövers: „Die Deutschnationalen lösen jetzt ihre Fratze“ ist ja wirklich auch nicht überwältigend höflich. (Übrigens ist es ein Ministerpräsident, der in diesem Ton öffentlich politisch polemisiert!) Wir bringen hier ein paar Stellen aus der deutschnationalen Erklärung:

„Wir haben bisher die Vorgänge, die sich in Harzburg zutragen und an Harzburg anschlossen, mit großer Zurückhaltung behandelt.“

Aber: „Jetzt versinkt der Nationalsozialismus so sehr in dieser Feindschaft und kehrt sein demagogisches Gesicht der Zersetzung so stark hervor, daß weitere Zurückhaltung ein schlechter Dienst für die Sache sein würde. . . . Bot schon das Verhalten Hitlers und vieler seiner Unterführer bei der Tagung in Harzburg den gegnerischen Journalisten das Schauspiel der Uneinigkeit, so hat das Verhalten der Nationalsozialisten unmittelbar nach Harzburg . . . das System neu gefestigt. Es wird vor der Geschichte völlig klar zutage liegen: Schon in Harzburg haben die Nationalsozialisten ein doppeltes Spiel gespielt — unmittelbar nach Harzburg haben sie den in Harzburg geschlossenen Bund verraten.“

Dieser Zank ist der parteipolitische Spiegel für die verschärfte Austragung des Machtkampfes zwischen der Gruppe um Schleicher und den Nationalsozialisten; für die Verschärfung, deren deutlichster Ausdruck wohl das Verhalten der Nazis angesichts der Todesurteile von Beuthen ist.

Reichstagsauflösung — Reichsreform“?

Zu der Pressmeldung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, den Reichstag aufzulösen, wenn sie ein Mißtrauensvotum erhalte, wird von zuständiger Stelle erklärt,

die Reichsregierung sei auf jeden Fall entschlossen, vor das Parlament zu treten. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts des Reichstages hinausgehende Beschlüsse lägen nicht vor.

Dieses Dementi weist keines der Gerüchte über beabsichtigte Auflösung des Reichstags, ja über weitergehende Pläne, deren Verwirklichung die Reichsverfassung mehr oder weniger ramponieren würde, zurück. Papen wird vor den Reichstag treten. Mehr hat er nicht gesagt. Die Gefahr weiterer Beschädigungen der Reichsverfassung als bisher wird z. B. von der bayerischen Regierung deutlich gesehen, wie Helds Besprechungen in Berlin beweisen. Diese Gefahr liegt ja auch in der Natur der politischen Situation: nachdem Schleicher den Kurs auf die Diktatur einer ökonomisch bankrotten und zahlenmäßig kleinen Klasse eingeschlagen hat, läßt ihm die Weimarer Verfassung unter den heutigen Umständen geringe Möglichkeiten. Er kann den Reichstag auflösen. Aber was kann er von einer Neuwahl erwarten? Hier zeigt sich das immer drängendere machtpolitische Interesse der Gruppe Schleicher an einer Verfassungsreform. Solche Reformpläne haben bei der selbstverschuldeten Machtlosigkeit der Arbeiterschaft gute Aussichten auf Verwirklichung. Das hat unter anderem der 20. Juli gelehrt, dessen Früchte Herr Schleicher heute von niemandem mehr ernsthaft streitig gemacht werden.

Der Reichskanzler wird nicht nur vor den Reichstag „treten“, sondern wahrscheinlich auch vor den „Stahlhelm“-Tag, der demnächst in Berlin stattfindet. Die Reichsregierung läßt nämlich erklären, daß die Teilnahme des Reichskanzlers am „Stahlhelm“-Tag „durchaus im Bereich der Möglichkeit“ liege. (Die Teilnahme Hindenburgs hänge vor allem davon ab, ob er in der Zeit in Berlin anwesend sei.) Vor den bevorstehenden Essener Katholikentag aber wird Papen nicht „treten“ — „wegen dienstlicher Verhinderung“.

Bayern möchte nicht von Berlin aus kommandiert werden.

Der bayerische Ministerpräsident Held hatte am Dienstag mit Papen und Gayl in Berlin Besprechungen, die durch Gayl's Pläne zur „Reform“ der Weimarer Verfassung veranlaßt waren. Nach dem Bericht in der „Bayerischen Staatszeitung“ hat Held nachdrücklich betont, daß die bayerische Staatsregierung keinesfalls irgend einer Maßnahme zustimmen werde, die sich nicht streng im Rahmen der Reichsverfassung halte, und er habe ferner betont, daß Bayern im Reichsrat an der Lösung des preussischen Problems nur unter der Voraussetzung aktiv mitwirken könne, daß die von Bayern für erforderlich gehaltenen verfassungsmäßigen Garantien für die süddeutschen Länder in vollem Umfang geschaffen werden. Die Anschauungen der bayerischen Regierung seien in einer vertraulichen Denkschrift zusammengefaßt, die der bayerische Ministerpräsident bei den Unterredungen dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister überreicht habe und die auch den Regierungen der anderen süddeutschen Länder sowie der sächsischen Regierung von München aus unmittelbar zugestellt worden sei.

Die Aussprache ging ferner über Papens Pläne in bezug auf den Reichstag. Auch zu diesem Punkt hat Held erklärt, daß die bayerische Regierung sich nicht in der Lage sehen werde, irgend einer Maßnahme, die mit der Verfassung nicht in Einklang stehen sollte, ihre positive Zustimmung zu geben.

Der Bericht über den bayerischen Schritt in Berlin entbehrt der Eindeutigkeit. „Keine aktive Mitwirkung“, „keine positive Zustimmung“. Also vielleicht eine passive Mitwirkung, eine negative Zustimmung? Ein protestierendes Gewährenlassen, wenn die Reste von Weimar — bei den anderen! — liquidiert werden?

Presse durchblicken läßt, einige der Verhafteten, denen eine führende Rolle zugeschrieben wird, herauszugreifen und vor das Standgericht zu stellen. Die herrschende Klasse Ungarns, die ihren Untergang fürchtet, will durch besonders weitgehenden Terror die Aufklärung und die Organisierung der Massen gegen völlige Verelendung verhindern.

In dem Fall von Sallai und Fürst, den wir vor zwei Tagen ausführlich geschildert haben, sind innerhalb von 24 Stunden, nachdem die „Zuständigkeit“ der Standgerichte offiziell bekanntgegeben wurde, die Hinrichtungen bereits erfolgt. Es war eine regelrechte Ueberrumpelung der werktätigen Massen, die vor die furchtbare Tatsache gestellt worden sind. Aus diesem Grunde ist klar, daß jetzt, zumal nach den neuen Verhaftungen, jede Stunde Verzögerung Gefahr bringen kann. Die deutschen Arbeiter und Intellektuellen dürfen keinen Augenblick zögern und müssen sofort den verfolgten Klassengenossen durch ihren energischen Protest gegen die geplanten standrechtlichen und schnellgerichtlichen Verfahren zu Hilfe eilen.

Arbeiter und Intellektuelle, schickt massenhaft Protestbriefe, Protesttelegramme; schickt sie einzeln, in Gruppen von Belegschaften, von Kulturorganisationen aus!

Richtet eure Protestkundgebungen an den kgl. ungarischen Justizminister in Budapest.

Es ist eine unbedingte Solidaritätspflicht, daß jeder einzelne, ohne zu zögern, das Seine tut zur Rettung der kämpfenden Klassengenossen. B-3

Front „antikapitalistischer Sehnsucht“?

Im deutschen Reichstag wird eine klare Mehrheit von Abgeordneten sitzen, deren Programm entweder antikapitalistisch ist oder doch so aussieht: 452 gegen 154 Abgeordnete, also fast eine Dreiviertel-Mehrheit.

Wie die „antikapitalistische Sehnsucht“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei und der Sozialdemokratischen Partei aussieht, beleuchten wir im folgenden durch eine Reihe kurzer Glossen. Aus ihnen ergibt sich nicht minder klar, daß auf diese beiden Parteien, wie sie heute sind, für eine antikapitalistische Front der Tat nicht zu rechnen ist.

Wenn die Kommunistische Partei eine saubere sozialistische Politik treibt, so müßte es für sie leicht sein, die in vielen Menschen, auch in Mitgliedern jener beiden Parteien wirklich vorhandene antikapitalistische Sehnsucht für ihre Ziele mobil zu machen. Auch darauf kann man heute nicht rechnen.

Also Resignation, Verzicht auf jede Aktion? Nein! Wir zeigen im „Funken“ immer wieder den Weg, der politisch und dann auch wirtschaftspolitisch gegangen werden kann gegen Kapitalismus und Faschismus und der darum auch gegangen werden soll. Es gibt einen solchen Weg! Den Weg der Einheitsfront.

Wer ihn nicht konsequent verfolgt, der ist freilich in der Gefahr, entweder in resignierende Verzweiflung zu verfallen und sich zum Beispiel in Schrebergärten zurückzuziehen oder aber in kindlichem Wunderglauben hin- und herzustapeln zwischen der Hoffnung auf die Wunder des Dritten Reichs und der Hoffnung auf die Wunder eines Sowjet-Deutschlands. Dieser Treibsand der Geschichte ist — so widerspruchsvoll es klingen mag — ein festes Fundament zur Erhaltung der kapitalistischen Ordnung. Die Aussichten für den Kapitalismus stehen darum leider ganz anders als 154 : 452! Rpt.

Warum die SPD 1918 nicht sozialisierte.

Warum nach dem Krieg die Sozialisierung auf Straßenschildern marschierte und nicht in der Praxis, erklärt von neuem Tarnow (im „Vorwärts“ vom 21. August). Sein Artikel hat die Aufgabe, den Lesern verständlich zu machen, warum die SPD heute in der Zeit ihrer Ohnmacht in Reichstags-Anträgen geradezu engros Sozialisierungs-Forderungen erhebt, die sie zur Zeit ihrer Macht nicht durchführte. Tarnow löst seine Aufgabe durch die folgende interessante Geschichtsdarstellung:

„Es war ein tragisches Geschick für die Arbeiterbewegung, die mit heißer Sehnsucht auf den Sturz des kapitalistischen Systems wartete, daß ihr am Ende des Krieges die politische Macht in einem Augenblick zufiel, als die ökonomischen Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus hoffnungslos ungünstig waren. Damals auf den traurigen Überresten einer zerstörten Volkswirtschaft ein neues Gebäude sozialistischer Wirtschaft aufbauen zu wollen, das wäre ein Versuch gewesen, der mit dem völligen Zusammenbruch der Massenversorgung sehr bald ein unruhliches Ende gefunden haben würde.“

Wir müssen gestehen, Tarnow traut der Planwirtschaft, für die er sonst so warm eintritt, nicht sehr viel zu. Gerade alles zerstört war, hätte doch der neue Aufbau planwirtschaftlich am rationellsten erfolgen müssen! Oder glaubt auch Tarnow nicht an die ökonomische Überlegenheit der Planwirtschaft?

Wir nehmen jedenfalls zur Kenntnis, daß Tarnow, einer der Helden der Front antikapitalistischer Sehnsucht — sogar heißer Sehnsucht! — zum Wiederaufbau eines zerstörten Produktionsapparates die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft für besser hält als seine sozialistische Planwirtschaft. — Wir meinen: Sozialistische Konkurrenz, die Konkurrenz in einer von Monopolen freien Marktwirtschaft, sei noch besser!

Ein Sozialisierungserfolg von 1918.

Das Deutsche Stickstoffsyndikat gehört zu den Sozialisierungserfolgen, die in der ersten Zeit nach der sogenannten deutschen Revolution entstanden sind. Wie diese Sozialisierung aussieht, wird in dem ausgezeichneten Buch von Helmut Wickel: „I.-G. Deutschland, ein Staat im Staate“ folgendermaßen beschrieben:

„Im Syndikat hat die I.-G. von 17 Mitgliedern nur 5 Vertreter, das Reich 3, die Landwirtschaft 2 und die Arbeiterschaft 1 Vertreter. Die übrigen 6 Mitglieder entfallen auf die anderen deutschen Stickstoffproduzenten. Danach wäre der Einfluß der I.-G. also recht gering. Doch anders als die Mitglieder verteilen sich die Stimmen. Die Vertreter der I.-G. haben vierfaches, die der deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigungen dreifaches, die Bayerischen Stickstoffwerke zweifaches und die Vertreter des Reichs einfaches Stimmrecht. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats haben nur beratende Stimme. Von 33 Stimmen insgesamt gehören damit 20 der I.-G. Sie bestimmt also die Politik und die Preisgestaltung des Syndikats, das der deutsche Reichsschatzminister zum Schutze der fiskalischen Interessen schuf und dem die verfassunggebende Nationalversammlung feierlich ihren Segen erteilte.“ (Seite 177.)

„Die Sozialisierung marschiert“, so konnte man im Winter 1918/19 an den Straßenecken lesen. Wohin sie marschiert ist, zeigt der Fall des deutschen Stickstoffsyndikats! Wohin sie bei Mitwirkung der NSDAP marschieren würde, kann man sich an Hand dieses Beispiels ungefähr ausmalen.

Kaufkraft-Theorie, NS und Hugenberg.

Der „Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst“ nimmt in Nr. 16 zu den Gerüchten über einen Umbau des Schlichtungswesens und Auflockerung des Tarifwesens folgendermaßen Stellung: „Unserer Wirtschaft fehlt es an Arbeitsmärkten, weil die Kaufkraft in riesigen Ausmaßen zurückgegangen ist. Die Rentabilität der Betriebe kann jetzt nur noch durch Steigerung der Kaufkraft, die zur Belegung der Nachfrage und zur Vermehrung der Umsätze führt, erreicht werden. Diese Aufgabe ist aber durch die Auflockerung des Tarifsystems und Einführung der individuellen Lohnbildung nicht zu erfüllen, vielmehr wird von dieser Maßnahme entweder eine erneute Senkung der Kaufkraft oder die Fortsetzung der wirtschaftsmörderischen Deflation ausgehen.“

Hugenbergs „Volkswirtschaftliche Correspondenz“ schreibt dazu am 23. August entrüstet: „Das ist dasselbe, was wir seit Jahren von Gewerkschaftsseite unter Führung der Sozialdemokraten gehört haben, und es zwingt sich die Frage auf, warum der Nationalsozialismus den Marxismus bekämpft, wenn er, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete, sich dessen Argumentation zu eigen macht.“

Nationalsozialisten mit Hilfe von Unternehmern und Gewerkschaften mit Hilfe von Arbeitergroschen gemeinsam gegen den von Unternehmern beabsichtigten Abbau der Löhne? Wir verstehen Hugenbergs Jammern: Würden dazu die Nationalsozialisten von Unternehmern finanziert?

Hugenberg wird sich wohl dadurch etwas beruhigt fühlen, daß das NS-Programm, wie wir an einem Beispiel gleich sehen werden, Unternehmerwünschen angepaßt wurde.

Zwischen 6. und 7. Auflage.

Die „Rote Fahne“ hat kürzlich festgestellt, daß in der von dem offiziellen Parteitheoretiker Gottfried Feder verfaßten und von Hitler in einem Vorwort als Katechismus der Bewegung bezeichneten Programmschrift „Der deutsche Staat“ von der 6. Auflage (1931) zur 7. Auflage (1932) folgende Veränderungen vorgenommen wurden:

6. Auflage:

„... der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen. ... Das hervorragendste und weltbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht einzuschätzen die Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbé, Mannesmann, Siemens.“ (Seite 46/47.)

7. Auflage:

„Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Verbraucher gedeckt werden kann, ... daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmerdenkweise ist Ernst Abbé. ...“

... Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borsig, Krauß, Maffei u. s. w. haben sich auch in sozialer Hinsicht einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Industrie gesichert.“ (S. 60.)

In der 7. Auflage fehlt der Satz: „Der wahre Unternehmer muß ... seine Arbeiter gut entlohnen!“

Der Sumpf.

Weg mit dem Wort „Kapitalismus“!

In dem Vorwort zu dem 1931 erschienenen Buch von M. Simon: „Der wissenschaftliche Streit über die Berechtigung der Heimarbeit“ schreibt der Frankfurter Professor der Volkswirtschaftslehre P. Arndt in einer Fußnote:

„Nur mit Widerstreben bediene ich mich des Ausdrucks „antikapitalistisch“. Dieses Wort soll hier nicht eine (mir durchaus sympathische) sozialpolitische Gesinnung, sondern eine (letzten Endes von Marx stammende) wirtschaftstheoretische Auffassung kennzeichnen, die unendlich viel Verwirrung angestiftet hat. Nach ihr ist das Charakteristische des modernen Wirtschaftssystems nicht der wirtschaftliche (und soziale!) Liberalismus, sondern die notwendig antisoziale Kapitalherrschaft. ... Die in aller Munde befindlichen Ausdrücke „Kapitalist“, „kapitalistisch“, „Kapitalismus“ u. s. w. sind so unklar und irreführend, daß ich sie, soweit nur möglich, zu vermeiden und durch andere, klarere zu ersetzen suche und es für einen Segen halten würde, wenn sie aus der wissenschaftlichen Literatur ganz verschwinden.“

Wenn jemand aus dem bürgerlichen — also kapitalistischen — Lager kommt, wie Professor Arndt, so ist es nicht verwunderlich, daß er sich mit Widerwillen des Wortes „antikapitalistisch“ bedient. Wir verstehen auch, daß er es gern sähe, wenn die Worte „Kapitalist“ und „Kapitalismus“ aus der wissenschaftlichen Literatur ganz verschwinden würden. Damit wäre der kapitalistische Tatbestand aber nicht verschwunden, sondern nur umgetauft. Wer ihn nicht beim rechten, eingebürgerten Namen nennt, der hindert sein Verschwinden, auch wenn er sich noch so sozial gebärdet.

Es kann auch vorkommen . . .

In einer zweiten Fußnote schreibt der Professor: „Es kann auch vorkommen, daß ein Interessent eine „Vorzugs-

stellung“ auf dem Markte zu Ungunsten anderer (Unerfahrener, Leichtsinziger, Notleidender) ausnützt und auf diese Weise eine besondere „Rente“ erzielt. Das würde man zweifellos „Ausbeutung“ nennen können, und die Bekämpfung solcher Ausbeutung wäre sicher eine der Aufgaben der Sozialpolitik.“

„Es kann auch vorkommen“ — in diesen Worten zeigt sich eine selbst für einen bürgerlichen Professor der Volkswirtschaft erstaunliche Weltfremdheit.

Die ausbeuterische Kapitalherrschaft, die der böse Karl Marx aufgedeckt hat, existiert ja nur, weil in der heutigen Wirtschaftsordnung ständig das vorkommt, von dem Arndt behauptet, es käme auch mal vor. Die oberflächliche Art der Betrachtung, in der Arndt die Tatsache der Ausbeutung so schnell hintereinander aufdeckt und wieder zudeckt, läßt allerdings ihn nur „Unerfahrene, Leichtsinzige, Notleidende“ als Opfer der Ausbeutung sehen, — Menschen also, die durch Unglück oder eigene Schuld im Kampfe ums Dasein benachteiligt sind und die es in jeder Wirtschaftsordnung geben wird. Er übersieht — ob bewußt oder nicht, ist fast gleich blamabel für ihn — das ganze Heer derer, aus denen „eine besondere Rente erzielt“ wird, ohne daß sie unerfahren oder leichtsinnig oder durch zufällige Umstände notleidend geworden sind. Er übersieht, kurz gesagt, das Millionenheer der Proletariat, die darum ausgebeutet werden, weil sich nach Marx' Worten auf dem Arbeitsmarkt „zweierteil sehr verschiedene Sorten von Warenbesitzern . . .“ gegenübertreten, „einerseits Eigner von Geld, Produktion und Lebensmitteln, . . . andererseits freie Arbeiter . . . in dem Doppelsinn, daß weder sie selber unmittelbar zu den Produktionsmitteln gehören, wie Sklaven, Leibeigene u. s. w., noch auch die Produktionsmittel ihnen gehören, wie beim selbstwirtschaftenden Bauer u. s. w., sie davon vielmehr frei, los und ledig sind.“ („Das Kapital“, Band I, Seite 646.)

Die Tatsache, daß dem größten Teil der Bevölkerung der freie Zutritt zu den wesentlichsten Produktionsmitteln versperret ist, ist in der Tat das Charakteristische des modernen Wirtschaftssystems und die Hauptsache des gegenwärtigen

Sozialisierung ist nicht Selbstzweck.

Gegenüber den bei jeder Verstaatlichungsaktion — ganz gleich, wer sie vornimmt — in Freudenrufe ausbrechenden Kollektivistinnen halten wir gern eine besonnenere Stimme fest aus Nr. 16 des „Freien Angestellten“, vom 16. August:

„Aber nehmen wir die Forderungen dieses nationalen Sozialismus einmal ernst. Bankenverstaatlichung — gut und notwendig; vielleicht auch noch Verstaatlichung der Schlüsselindustrien — gut und notwendig. Aber was ändert diese Verstaatlichung am Wirtschaftssystem, wenn seine Führer den Staat beherrschen? Es kommt entscheidend darauf an, zu welchem Zwecke man die Aktion durchführt, wer die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt.“

Richtig! Es ist erfreulich, daß einige Kollektivistinnen wenigstens so weit sind. Hoffen wir, daß diese Warnung vor der unkritischen Freude über jede Verstaatlichungsaktion

allmählich durchdringt. (Es bleibt natürlich immer noch die Frage offen, ob zu dem Zweck, der den Kollegen vom „Freien Angestellten“ und uns gemeinsam ist, die „planvolle Gemeinwirtschaft“ überhaupt das richtige Mittel ist.)

Es kommt darauf an, wer die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt. Heute wird der Versuch gemacht, eine nebelhafte Front antikapitalistischer Sehnsucht zusammen zu bringen, um die Kommandohöhen der Wirtschaft an Herrn von Schleicher und dessen Gesinnungsfreunde auszuliefern, soweit sie sie nicht schon inne haben. Das ist der Wunsch der geheimen Drahtzieher. Darum geben wir die warnende Stimme mit Nachdruck weiter:

Sozialisierung ist nicht Selbstzweck. Sie kann in einer Zeit allgemeiner Verwirrung, wie wir sie heute in Deutschland erleben, ein Mittel sein, den Kapitalismus zu festigen.

tiefen Elends — so wie das Charakteristische bürgerlicher Volkswirtschaftler die ängstlichen Bemühungen sind, die sozialen Leiden zu erklären, ohne sie dem heutigen Wirtschaftssystem zur Last zu legen.

Reservearmee?

„Die Ausgeburt einer krankhaften Phantasie“!

„Es kann auch vorkommen“, daß Wissenschaftler vom Schlage Arndts bei ihren Bemühungen um die Rechtfertigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich selber übertreffen!

Die Vorzugstellung der Kapitalisten gegenüber den Proletariern auf dem Arbeitsmarkt wird dadurch gesichert, daß es im Kapitalismus eine „industrielle Reservearmee“ gibt, das heißt: ein Arbeitslosenheer, das in keine löhnende Produktionstätigkeit ausweichen kann. Diese Tatsache erfährt jeder Arbeiter am eigenen Leibe. Er erfährt, daß mit dem Anwachsen dieser industriellen Reservearmee der Lohndruck und damit die Ausbeutung steigt. Was tut unser Professor?

Er bringt es fertig, was ja auch in der Richtung seiner Ansichten liegt, das Bestehen dieser Reservearmee zu leugnen! Arndt nennt in der Einleitung, die er 1928 zum Buch eines Schülers geschrieben hat, die Reservearmee „die Ausgeburt einer krankhaften Phantasie“. (Karl Heimbürger: „Die Theorie von der industriellen Reservearmee“, Seite XI.)

Heimbürger selber erweist sich als gelehriger Zögling von Professor Arndt. Er nennt die industrielle Reservearmee „ein Gespenst, das abermals umgeht“ (Seite XI), „ein Phantom“ (Seite 87). Dieser junge Priester der kapitalistischen Kirche schilt Franz Oppenheimer einen „Vertreter des Reservearmee-Aberglaubens“ (Seite 89).

Gegen so viel bürgerliche Ignoranz gibt es nur ein Mittel: Arndt samt Heimbürger abbauen und so in die wirklich bestehende industrielle Reservearmee einbeihen!

Berta Rodc.